

Dokumente sind beim INGI-Sekretariat in Den Haag und in Jakarta erhältlich. Einige Punkte der INGI-Beobachtungen und Empfehlungen sind nennenswert.

Beobachtungen

- Trotz des unbestreitbaren Wirtschaftswachstums in Indonesien muß man zugeben, daß es noch zu viele arme Menschen in Indonesien gibt, was sich aus der Tatsache ergeben mag, daß die jetzige Entwicklungspolitik Indonesiens noch nicht besonders zugunsten der Unterprivilegierten durchgeführt wird. Das Verbot der Fahrradrikschas (becak) und des Strassenhandels in Jakarta sind aktuelle Beispiele dafür.

- Die Entwicklungspolitik der indonesischen Regierung hat bis jetzt zu wenig auf den Umweltschutz Rücksicht genommen, was u.a. zu einer merklichen Zerstörung der tropischen Regenwälder geführt hat.

- Das Wirtschaftswachstum und die großen Leistungen der indonesischen Regierung auf diesem Gebiet fallen noch nicht mit einer entsprechenden Durchsetzung der Grundrechte zusammen. Bei der Förderung der Industrialisierung z.B. sind die Rechte der Arbeiter, sich zu organisieren, noch außer Betracht gelassen.

- Nach INGI-Beobachtung werden in Indonesien und einigen IGGI-Mitgliedsländern noch Todesurteile verhängt und ausgeführt. INGI ersucht die Regierungen Indonesiens und jener Länder um Gnade für diejenigen, die noch einer Hinrichtung entgegensehen.

Empfehlungen

- Eine verantwortliche Entwicklungspolitik muß an ökonomischer, sozialer und physischer Nachhaltigkeit orientiert sein. Um die tatsächliche Durchführung einer solchen Entwicklungspolitik zu ermöglichen, muß man in der Berechnung des Wirtschaftswachstums auch die Zerstörung der Ressourcen einkalkulieren.

- Die Partizipation des Volkes in jeder Stufe des Entwicklungsprozesses muß ermöglicht und garantiert werden. Die entsprechenden Gesetze, die die Partizipation noch nicht ermöglichen, müssen unbedingt verändert werden. INGI stellt eine zunehmende Aufmerksamkeit von indonesischer Regierung und indonesischen Unternehmen für die Entwicklung Ost-Indonesiens fest. Dabei müssen aber die folgenden Punkte beachtet werden: a) Bei der Durchführung dieser "Ostpolitik" müssen die Partizipationsrechte der betroffenen Menschen samt ihren spezifischen kulturellen, sozialen und ökologischen Charakteristiken respektiert werden. b) Die Entwicklung in Ost-Indonesien sollte nicht die Fehler wiederholen, die in der Entwicklung West-Indonesiens begangen worden sind. c) Vor der Durchführung der "Ostpolitik" müssen die Fähigkeiten der lokalen Verwaltung gefördert werden, damit diese die o.a. Vorbedingungen durchsetzen kann.

- Der Informelle Sektor muß geschützt und seine Rolle in der Wirtschaft muß für legitim erachtet werden.

- Die Partizipation der Frauen an der Ent-

wicklung durch ihre produktive und reproduktive Rolle muß gefördert werden. Regelungen, die diese Partizipation verhindern, müssen aufgehoben werden.

- Informationspolitik muß an den folgenden Prinzipien orientiert sein: a) Es muß klargestellt werden, welche Informationen und Dokumente für vertraulich gehalten werden können und aus welchen Gründen sie als vertraulich behandelt werden sollen. b) Informationen bezüglich der physischen, institutionellen und ökonomischen Aspekte der multilateralen Entwicklungsbanken oder der bilateralen Operationen von Entwicklungsorganisationen dürfen nicht als vertraulich behandelt werden. c) Jedes IGGI-Mitgliedsland sollte Informationsbeamte haben, die für Nachfragen zur Verfügung stehen.

- INGI macht sich Sorgen um das Schicksal der meisten Arbeiter in Indonesien. Lange Arbeitszeiten, niedrige Löhne und schlechte Arbeitsbedingungen kommen immer noch vor, INGI ruft die Regierung Indonesiens auf, die Rechte der Arbeiter, sich zu organisieren, zu schützen und die jene Rechte einschränkenden Regelungen zu ändern.

Ignas Kleden

Der Verfasser ist Mitarbeiter der Gesellschaft für Politische und Wirtschaftliche Studien (LP3ES), Jakarta, und Redakteur der von dieser herausgegebenen Zeitschrift PRISMA (indon. Ausgabe).

Anmerkungen

1 IGGI setzt sich zusammen aus Vertretern mehrerer Industrieländer (v.a. Japan, USA, Großbritannien, Frankreich, Niederlande, BRD) sowie von internationalen Organisationen (v.a. Weltbank, Asiatische Entwicklungsbank, UN-Entwicklungsprogramm)

Glückwunsch zur 100. TAPOL-Ausgabe

Dritte Welt-Arbeit ist häufig Modewellen unterworfen. Wer 17 Jahre für Menschenrechte in einem Land kämpft, das sich fast ebenso lang fern vom Rampenlicht des Weltinteresses gehalten hat, kann dies nur aus tiefster eigener Betroffenheit tun: Wir gratulieren (soweit dies hier das passende Wort ist) *Carmel Budiardjo* aus London, mit der die Aktivitäten der Organisation TAPOL stehen und fallen, zur 100. Ausgabe der gleichnamigen Zeitschrift. TAPOL - dieses Wort steht für *tahanan politik* - politischer Gefangener, und mit den *tapols* hatten 1973 die Aktivitäten auch begonnen.

Zehntausende von politischen Gefangenen waren damals infolge des Putsches von 1965 hinter Gitter und auf die Insel Buru verbannt. Ende der 70er Jahre kam auf internationalen Protest hin ein Großteil von ihnen frei. Doch damit sahen Carmel Budiardjo und "TAPOL - The Indonesia Human Rights Campaign" ihre Aufgabe nicht als beendet an. Sie haben nicht nur das Schicksal der Ex-Tapols weiterverfolgt, sondern sich auch für die Völker in Ost-Timor und West-Papua eingesetzt.

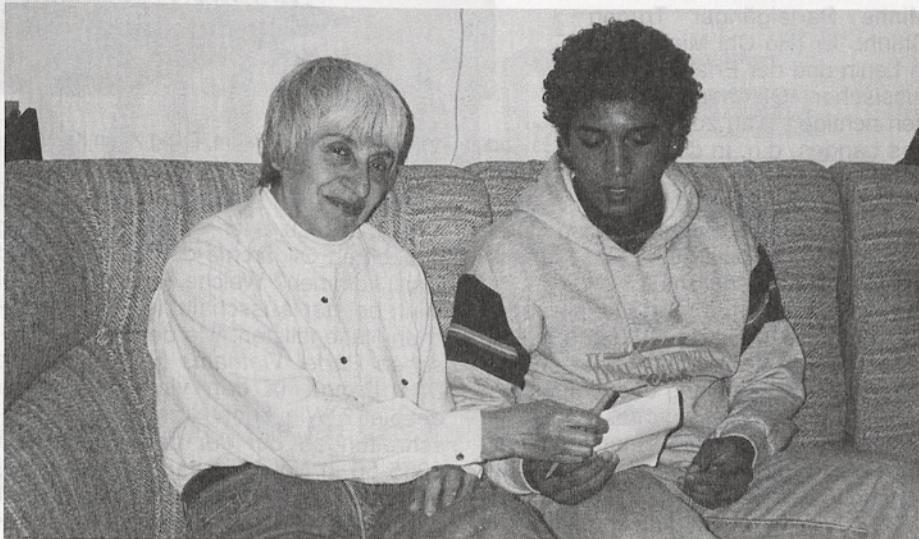
TAPOL begleitete kritisch die Transmigrationspolitik der indonesischen Regierung und stand und steht auf seiten der Verlierer in großen Landkonflikten und auf seiten der jungen Leute, die auch heute

noch ihre vorsichtigen Proteste gegen das Regime mit ihrer Freiheit bezahlen müssen.

Kurz: Ohne die Zeitschrift TAPOL wäre die internationale Solidarität für Indonesien um eine ihrer wichtigsten Stimmen ärmer.

Wir wünschen Carmel Budiardjo und ihren MitarbeiterInnen für ihre weitere Arbeit Unterstützung und Erfolg.

Die SOAI-Redaktion



Carmel Budiardjo mit Nito Gasmaro

Foto: SOA